

## Der Film im öffentlichen Recht

## Beuss, Werner Berlin, 1932

Lfd. Nr. 31 Verlängerung des Kontingentsgesetzes bis 30.6.32.

urn:nbn:de:hbz:466:1-74677

Wer die nach § 5 Abs. 2 geforderten Angaben unrichtig macht,

oder wer falsche oder gefälschte Unterlagen vorlegt,

oder wer einen Bildstreifen ohne die vorgeschriebene Bescheinigung oder entgegen den Bestimmungen der §§ 4, 5 Abs. 2, 6 Abs. 2 und 3, § 7 Abs. 2 letzter Satz, § 11 Abs. 1 Satz 2, §§ 12 und 13 in den Verkehr bringt, vorführt oder vorführen läßt, wird gemäß § 2 des Gesetzes über die Vorführung ausländischer Bildstreifen bestraft. Außerdem kann die Erteilung weiterer Bescheinigungen ausgesetzt oder verweigert werden.

## § 15.

Für das Spieljahr 1931/32 (d. h. vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932) wird die Zahl der für tönende Spielfilme zu erteilenden Bescheinigungen auf 105 (hundertfünf) und die Zahl der für stumme Spielfilme zu erteilenden Bescheinigungen auf 70 (siebzig) festgesetzt.

Für das Spieljahr 1931/32 wird der im § 7 Abs. 1 und § 9 Abs. 2 getroffenen Regelung die Zeit vom 1. Januar 1930 bis 30. Juni 1931 zugrunde gelegt.

§ 16.

Der Reichsminister des Innern kann im Falle einer wesentlichen Veränderung der Lage des Filmmarktes oder aus anderen wichtigen Gründen über die im § 15 Abs. 1 festgesetzte Zahl von 175 (hundertfünfundsiebzig) hinaus weitere 20 (zwanzig) Bescheinigungen nach billigem Ermessen erteilen, um etwaige bei der Erteilung von Bescheinigungen entstehende Härten auszugleichen.

## Verordnung des Reichspräsidenten über die Vorführung ausländischer Bildstreifen. Vom 29. November 1931\*).

(RGBI, I S. 689.)

Auf Grund des Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird fol-

gendes verordnet:

31

Die Geltungsdauer des Gesetzes über die Vorführung ausländischer Bildstreifen vom 15. Juli 1930 (RGBl. I S. 215) [vgl. lfd. Nr. 27] wird bis zum 30. Juni 1932 verlängert.

Berlin, den 29. November 1931.

Der Reichspräsident von Hindenburg. Der Reichsminister des Innern. Mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt Groener, Reichswehrminister.

Amfliche Auslegung 32 des § 4 der Verordnung vom 26. 6. 1931 Ivgl. lfd. Nr. 301. (Aus einem Antwortschreiben des RMdI.)

Nach dem Sinne des § 4 der Zweiten Verordnung über die Vorführung ausländischer Bildstreifen vom 26. Juni 1931 sollen Verleihver-

<sup>\*)</sup> Veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 280 vom 1. Dezember 1931.